

Austausch unter Kollegen: Deutsch-polnisches parlamentspraktisches Kolloquium diskutiert über Bürgerbeteiligung und Europafähigkeit der Parlamente

In einem fast schon historischen Moment hat dieses Jahr das deutsch-polnische Parlamentspraktische Kolloquium der VDPP stattgefunden: In Warschau hatte am 23. November 2007 der frisch gewählte polnische Ministerpräsident Donald Tusk gerade seine erste Regierungserklärung im Sejm gehalten und damit eine heiße Debatte entfacht, als sich in Berlin deutsche und polnische Parlamentsmitarbeiter zusammensetzten, um sich über die Parlamentspraxis in beiden Ländern auszutauschen.

Wieder kamen mehrere Mitarbeiter der Sejmkanzlei – u.a. Ausschussekretäre, Experten des Büros für Studien und Analysen, Mitarbeiter der Sejm-Pressestelle – sowie etliche Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung, der Abgeordneten und Fraktionen zusammen. Teilgenommen haben auch einige Studenten der Warschauer Krajowa Szkoła Administracji Publicznej (KSAP; Hochschule für Öffentliche Verwaltung), die derzeit Praktika bei Berliner Bundesbehörden absolvieren.

Nach der Begrüßung und offiziellen Eröffnung der Veranstaltung durch den Direktor beim Deutschen Bundestag, Herrn Dr. Hans-Joachim Stelzl sowie einer Vertreterin der polnischen Botschaft, Frau Iwona Kozłowska, haben wir uns in diesem Jahr mit zwei großen Themenbereichen: **„Bürger und Parlament“** und **„Europafähigkeit der Parlamente“** beschäftigt.

In der ersten Runde berichteten Michał Przywara von der Sejm-Pressestelle und Dr. Guido Heinen, Leiter Presse und Kommunikation des Bundestages, über Erfahrungen beider Parlamente im Umgang mit den Medien. Die Aufgaben und Herausforderungen für beide Pressestellen sind ähnlich, konnte man in der Diskussion feststellen. Was die deutschen Teilnehmer verwunderte und zu Nachfragen führte, war die Tatsache, dass in Polen 18 Jahre nach der Wende offensichtlich immer noch ein Presserecht aus den 80er Jahren gilt, das u.a. staatliche Stellen verpflichtet, auf Kritik der Medien zu reagieren. Dies führe dazu, berichtete Przywara, dass die Sejm-Pressestelle ständig überlegen müsse, ob sie nun wirklich zu allen unrichtigen oder umstrittenen Berichten über das Parlament

Stellung nehme und Korrekturen oder Gegendarstellungen verlange. Dr. Heinen betonte, dass das Pressereferat des Bundestages vor allem auf Dialog mit den Medien setze, auch in Konfliktsituationen.

Eine kontroverse Debatte weckten auch zwei weitere Beiträge zum Stichwort „Bürger und Parlament“: Der Vortrag (von MR Wolfgang Finger, dem Leiter des Sekretariats des Petitionsausschusses des Bundestages) über das deutsche Petitionswesen und den bisherigen Erfolg von elektronischen und öffentlichen Petitionen führte zu einem Meinungsaustausch über Vorzüge und Nachteile von Petitionsausschüssen und Ombudsmännern. Im Sejm gibt es nämlich keinen Petitionsausschuss, die Bürger können sich mit ihren Anliegen stattdessen an einen Ombudsmann wenden. Polnische Gäste fragten dann, ob es denn durch die Arbeit des Petitionsausschusses nicht zu einer parlamentarischen Dopplung mit anderen Institutionen komme. Da es aber in Deutschland auf der Bundesebene keinen Ombudsmann dieser Art gibt, sah Wolfgang Finger eine solche Gefahr nicht gegeben. Eine Stärke des Petitionsausschusses gegenüber dem Ombudsmann sah Finger auch darin, dass der Ausschuss in die parlamentarische Arbeit eingebunden sei und die Belange der Petenten leichter in politische Entscheidungsprozesse einspeisen könne.

Artur Zaniewski, der Sekretär des Sejmausschusses für Sport, stellte die polnische Variante der öffentlichen Anhörung im Sejm vor. Diese lässt sich mit der im Bundestag immer häufiger praktizierten öffentlichen Anhörung, zu der Experten nach einem bestimmten Fraktionsschlüssel eingeladen werden, nicht vergleichen. An der polnischen öffentlichen Anhörung (wysłuchanie publiczne) darf nämlich jeder Bürger teilnehmen, der sein unmittelbares Interesse an dem diskutierten Gesetzentwurf plausibel macht. In Extremfällen könnten also hunderte oder tausende Bürger den Anspruch auf Anhörung erheben. Polnische Teilnehmer betonten, dass diese parlamentarische Institution recht jung sei - das Gesetz gelte seit Juli 2005 und bisher haben nur 6 solche öffentliche Anhörungen stattgefunden -, so dass noch nicht einzuschätzen sei, ob sie für den Dialog mit Bürgern sinnvoll sei oder eher von der Opposition zur Verlängerung des gesetzgeberischen Prozesses genutzt werde.

Eine Vorstellung des Jugendportals des Bundestages „mitmischen.de“ rundete das Thema „Bürger und Parlament“ ab.

Interessante Gespräche und viele Nachfragen gab es auch beim Thema „Parlamente und Europa“. Der Europa-Experte des Sejm, Andrzej Kurkiewicz, gab zunächst einen

kompakten Überblick über die verschiedenartige Ausgestaltung der europapolitischen Kompetenzen der nationalen Parlamente und deren Europaausschüsse in der EU. Anschließend schilderte Mirosław Wiśniewski aus dem Legislativbüro des Sejm die Rolle des polnischen Parlaments bei den Vorbereitungen Polens zum EU-Beitritt und nach dem 1. Mai 2004. Der Sejm – sowohl der EU-Ausschuss, als auch die Experten der Sejmkanzlei, die alle Entwürfe auf die EU-Kompatibilität zu begutachten hatten – hat bei der Anpassung des polnischen Rechts an den *acquis communautaire* eine immense Arbeit geleistet. Ein solcher Kraftakt habe in Deutschland nicht stattgefunden, betonten die deutschen Teilnehmer nach dem spannenden Vortrag, weil die Anpassung des deutschen Rechts an europarechtliche Vorgaben ein jahrzehntelanger Prozess gewesen sei. Eine weitere Frage lautete, ob sich der Sejm Gedanken über die künftige Zusammenarbeit der nationalen Parlamente untereinander mache? Ja, lautete die Antwort der Warschauer Kollegen, seit drei Jahren trainiere das polnische Parlament (der EU-Ausschuss) z. B. die Subsidiaritätsregeln und – kontrolle nach COSAC-Vorgaben.

Von der Bundestagsseite schilderten MRn Margot Heimbach, Leiterin des Sekretariats des EU-Ausschusses, und RR Kai Lingen aus dem Referat Europa die Beteiligung des deutschen Parlaments an der Europapolitik, die Arbeit der neuen Vertretung des Bundestages in Brüssel und die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auf der Basis der Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union.

In zahlreichen kurzen Kaffeepausen und abends bei entspannten Abendessen konnten die Debatten aus dem Sitzungssaal fortgesetzt, vertieft und um persönlichere Komponenten ergänzt werden. So kann man nun hoffen, dass künftig noch häufiger als bisher ein Anruf unter Kollegen zwischen Berlin und Warschau reicht, um Fragen oder Probleme zu klären.

Notiert von Anna Rubinowicz-Gründler